

Politische Soziologie

GÜNTER ROTH

HOLGER BACKHAUS-MAUL / CHRISTIANE BIEDERMANN / STEFAN NÄHRlich /
JUDITH POLTERAUER (Hrsg.), *Corporate Citizenship in Deutschland. Bilanz
und Perspektiven*. Wiesbaden: VS 2008, 541 S., br., 39,90 €

„All what we got here is american made, it's a little bit cheesy but it's nicely displayed“ (Frank Zappa)

Der Unternehmer gilt in liberalen Ideologien quasi als *der* Wohltäter vor dem Herrn, ein Mephistopheles, der kühl egoistisch raffend doch nur das allgemeine Wohl hervorbringt, dank der *Smithschen* unsichtbaren ‚göttlichen‘ Hand. Konservative betonen den guten Patron, der sich um seine Klienten und soziale Verantwortung kümmert. Solche in den USA besonders gut gepflegten Mythen finden auch im ‚alten Europa‘ wieder verstärkt Anklang, nicht zuletzt dank gut geölter PR-Maschinen, Spin-Doctors und unternehmensnaher Think-Tanks wie der Bertelsmann-Stiftung. Engagiert sich der Corporate Citizen freiwillig und scheinbar selbstlos für das Gute, Wahre und Schöne, gibt er etwas zurück vom Ausgebeuteten, rauscht und raunt es lobend in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Der einleitende Überblick der Herausgeber umreißt etwas dieses ideologisch aufgeladene Feld der Diskussion um die gesellschaftliche Rolle und das soziale Engagement von Unternehmen, bevor die Kapitel und 43 sehr heterogene Beiträge skizziert werden. Der Band verspricht eine „gehaltvolle Zwischenbilanz“ (15) zum ‚Corporate Citizenship‘ und teilt insgesamt eine positive Perspektive, wozu man den „engagierten Unternehmen und ihren medialen Beobachtern“ selbst einen „besonderen Stellenwert“ (14, Kap. IV–V) einräumt, obwohl diesen der theoretisch geleitete Bruch mit der Wirklichkeit und Distanz zur eigenen Position mangelt. Mithin fehlt es an kritischer Durchleuchtung der Unternehmen als Wohltäter und „Akteure kollektiv bindender Entscheidungen“ (25), wobei letzteres ohne weiteres konstatiert wird, ohne die hegemoniale Usurpation des genuin Politischen zu problematisieren. Die Kriterien bei der Auswahl und Zusammenstellung der Beiträge bleiben zwar offen, die Positionen und Lebensläufe der Beteiligten verraten aber oft einen ‚Bias‘, so dürfen im Schlusskapitel „Gesellschaftspolitische Analysen und Perspektiven“ Vertreter von Vodafone, Bertelsmann-Stiftung, der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz und ein CDU-Vordenker bilanzieren. Die dem Corporate Citizenship zugrunde liegenden sozialen und politischen *Konflikte* bleiben entsprechend blass. Dabei zielen die engagierten Unternehmen nicht nur auf Anerkennung bei Kunden und Mitarbeitern, sondern auch auf die Macht im Staat: Dieser soll soziales Engagement fördern oder mindestens Regulierung, Steuern und Abgaben eindämmen, damit Private soziale Probleme angeblich besser lösen können. Dass da *linke* politische Positionen, Gewerkschaften und Arbeitnehmer eher reserviert bleiben (*Egbringhoff/Mutz*), überrascht nicht. Offenkundig bleiben Schatten ausbeuterischer ‚Mr. Hydes‘ – so fehlen auf der Reise der ‚global player‘ nach Jerusalem viele Stühle und Kanonen und Pest (Waffenhandel, Giftmüll usw.) bleiben an Bord. Corporate Citizenship dürfte damit zusammenhängen, dass es sich lohnt und strategisch angezeigt ist, was in den USA offen ausgesprochen wird: „Does it pay to be good?“ So können und wollen sich große ökonomisch erfolgreiche Unternehmen soziale Verantwortung eher ‚leisten‘, wobei Hintergründe unklar bleiben (*Nähr-*

lich). Im Kapitel „Empirische Forschungsarbeiten“ finden sich die informativsten Beiträge des ausufernden Bandes, obwohl noch ein oft betonter Bedarf besteht, Hintergründe, Ausmaß und Qualität des ‚Corporate Citizen‘ mit seinen Wirkungen aufzuklären. Die Gründe für die Lücken und das Übergewicht an Rhetorik und Mythen des ‚Corporate Citizen‘ hat mit der Logik des Machtfeldes kapitalistischer Ökonomie und Politik zu tun, ist aber auch *an sich* eine scheinbar paradoxe Voraussetzung des ‚Sozialen Kapitals‘ (Bourdieu), das sich umso besser lohnt, je großzügiger, sublimer und nachhaltiger es verausgabt wird.

STEPHAN EGGER, Herrschaft, Staat und Massendemokratie. Max Webers politische Moderne im Kontext des Werks. Konstanz: UVK 2006, 346 S., kt., 34,00 €

Stephan Egger untersucht die verzweigten Zusammenhänge meist getrennt und widersprüchlich bleibender Beiträge zur Sozialökonomie, Herrschaftssoziologie, praktischen Politik und Ethik, aber auch von Werk und Mensch, kurz: des Werkes „Mitte“, „worum es Weber wirklich ging“ (31). Streng vom Werk ausgehend, ohne von Person (oder allzu Menschlichem) und tagespolitischen Einlassungen auf ‚Hintergründe‘ kurzzuschließen, führt der Autor zielsicher durch den gewaltigen Steinbruch der Rezeptionsgeschichte, an einigen Raubbaustellen mit „Aneignungen und Enteignungen“ (21ff.) vorbei, zum gleichermaßen epochalen wie fragmentarisch zerklüfteten Monument der Geistesgröße. Schicht für Schicht wird dessen „eigentliche Absicht“ freigelegt, die ethische und politische „Frage nach dem Schicksal der ‚Freiheit‘ im ‚eisernen Gehäuse‘“ (17). Dazu wählt Egger den „Umweg“ (32) über die protestantische Ethik, welche die Weberschen Grundmotive der Kulturkritik des Kapitalismus und Wertefragen zeige, d. h. die Analyse und Kritik der ‚Züchtung‘ des modernen ‚Anstalts- und Berufsmenschen‘ im Prägstock kollektiver Kräfte, mit seiner auf ‚kalte Zwecke‘ hin ausgerichteten disziplinierten, berechnenden Lebensweise (so Weber). Dieses ‚moderne Menschentum‘ sei von innen heraus zur Hingabe an eine den Einzelnen übersteigende Sache fähig und verpflichtet, Sachzwänge lösen persönliche ab, womit sich Arbeitsbeziehungen jeder ethischen Deutung und Forderung entzögen. Diese Haltung kennzeichne nicht nur den ‚versachlichten Kosmos des Kapitalismus‘ sondern auch dessen ‚Zwilling‘ ‚der rationalen Staatsanstalt‘, „beide haben nicht mehr den Charakter einer Ordnung, an die man ethische Postulate stellen könne“ (44). Eine zentrale Frage Webers sei weiter, *wie* diese Selbstrechtfertigung und Fügsamkeit, die Folgebereitschaft der Unterworfenen, die „seelischen Ursprünge des Legitimitätsglaubens“ (76) zustande kämen, wie diese in der praktischen Lebensführung als Habitus in Fleisch und Blut übergehen. „Erwecken, Erziehen, Abrichten“ (97ff.) sei erforderlich, der Legitimitätsglaube komme zu uns als etwas in seinen Gründen und Zwecken zunächst ganz Unverstandenes, dennoch verbindlich ‚Geltendes‘, die Praxis von „Zucht“ und „Abrichtung“, die abseits von Rationalität erst dieses kollektive „Wunder“ der selbstverständlichen Verknennung und Geltung ermögliche (101). Mit dem im Zentrum des Weberschen Interesses stehenden „Anstaltstaat“ ist nicht zuletzt „die Machtergreifung des ‚politischen Betriebs‘ in der modernen Massendemokratie“ verbunden, einer „*faktisch* immer mehr auf der Akklamation von politischen Führern ‚mit Maschine‘ (dem durchorganisierten Parteiapparat) beruhenden Veranstaltung, die den alten repräsentativen Parlamentarismus zum Verschwinden bringt, ihn *faktisch* durch eine ‚plebiszitäre Führerdemokratie‘ ersetzt“ (309). Stephan Egger gelingt es, diese wenig erkannten Zusammenhänge im Weberschen Werk herauszuarbeiten, akribisch, mit enormen Fußnotenapparaten im Gepäck, obwohl er nur Beiträge der Weberfor-

sung einbezieht. Kritische Perspektiven und Einordnungen sowie Bewertungen für das Heute und Morgen kommen aber etwas zu kurz. Auch bleiben Unklarheiten und Widersprüche des *Weberschen* Werks, zwischen der epochalen sozioökonomischen Analyse moderner Herrschaftsapparate und ihrer unaufhaltsamen Mechanik auf der einen und dem heroischen, elitären ‚liberalen Voluntarismus‘ auf der anderen. Worauf kann sich Freiheit und charismatische Führerschaft rational und ethisch verantwortlich stützen, ohne in despotische Abgründe zu sinken, wer ist Teil der ‚Schafherde‘, bürokratisch verwaltender ‚Spießbürger‘, wer ‚Windbeutel‘, wer ‚echter Führer‘ oder ‚Held‘ (so die *Weberschen* Begriffe)? Und was bedeutet die „ethische Utopie ‚innerer‘ Freiheit“, die unter den Bedingungen des ‚eisernen Gehäuses‘ „allein noch möglich sein kann“, und doch „zuerst und zuletzt“ eine von „Untertanen“ ist (322).

DIETER GOSEWINKEL / GUNNAR FOLKE SCHUPPERT (Hrsg.), Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit (Jahrbuch 2007 des Wissenschaftszentrums Berlin). Berlin: edition sigma 2008, 402 S., gb., 27,90 €

Dem so bedeutungsvollen wie unscharfen Begriff der Politischen Kultur „auf die Spur kommen“ (11) möchten die Herausgeber mit ihrem Sammelband, die dem klassischen Verständnis als grundlegende, symbolisch vermittelte, Einstellungen und Werthaltungen der Bürger noch weitere „Bedeutungsschichten“, der Institutions-, Kommunikations-, Konflikt- und Entscheidungskultur, hinzufügen. Zudem zielen sie auf eine „Prozessperspektive“ und den „Wandel der Staatlichkeit“, der mit jenem der politischen Kultur eng verknüpft sei (34). Damit ist ein weites Feld umrissen, auf dem sich einiges Anregendes unterbringen ließ, ob etwas Ganzes über die Einzelteile hinaus entstand, darf aber als Frage in den Raum gestellt werden, ebenso wie die Kritik der mangelnden Klärung des Konzepts der Politischen Kultur (so *Kaase*). Der Band bleibt vor allem bezüglich politischer *Ideologien* anämisch, obwohl ‚Politische Kultur‘ von Anbeginn unter ‚Ideologieverdacht‘ stand (*Kaase*) und auch der Staat nicht unideologisch zu denken ist. Produktive Ansätze zeigen deshalb vor allem jene Beiträge, die einen *engeren* und *sozial*, *eingebetteten* Begriff politischer Kultur verwenden wie der historische Überblick von *Jürgen Kocka & Jürgen Schmidt* zur Transformation politisch-sozialer und regionaler Milieus und ihrer Kontinuitäten – mit der Arbeiterkultur hier (samt ihrer fatalen Spaltung) und dem bürgerlichen autoritär-konservativen Lager dort, deren Konflikte zum Faschismus beitrugen und erst unter amerikanischem Einfluss in eine heute ‚mustergültige‘ liberaldemokratische Streitkultur transformiert wurden. Hier tauchen Parallelen zur stark extern beeinflussten demokratischen Transformation osteuropäischer Länder (Beitrag v. *Jürgen Neyer*) auf, die erst einen dünnen ‚Firmis‘ an Zivilgesellschaft aufweisen (ähnlich dem Deutschland der 1950er Jahre), womit der *langsame* Wandel politischer Kulturen unterstrichen wird. Ebenso in einem engeren Verständnis politischer Kultur belegt *Brigitte Greißel* empirisch die *positiven* Wirkungen kritischer Bevölkerungen und von Partizipationsmöglichkeiten auf die Effektivität politischer Systeme im internationalen Vergleich. Dabei kritisiert erhellend *Arthur Benz* die Entpolitisierung und Schwächung der verfassten Politik anhand der deutschen Verfassungskultur, in der politische Konflikte häufig durch Verlagerung auf die Verfassung und deren Änderung ‚gelöst‘ werden, womit im Gegenzug eine Politisierung der Verfassung und deren Schwächung als ausgleichendes Element drohe. Neben der Möglichkeit diskursiver Einigung über strittige Grundwerte zeigt der Bericht von *Wolfgang van den Daele* aus dem Nationalen Ethikrat auch Grenzen liberaler Streitkultur.

Dabei wird die offenkundig wachsende außerparlamentarische ‚Beratungskultur‘ und Schwächung des Parlaments nicht kritisch beleuchtet, trotz einer ‚Unkultur‘ des ‚Verschwindens der Politik‘ (*Fach*) in ‚postdemokratischen‘ Ritualen (*Crouch*) oder dem Regieren per Ausnahmezustand (*Agamben*). Die Entpolitisierung ist besonders bei der, im Zuge der Europäisierung und Internationalisierung zunehmenden, Koordinierung in administrativ und technokratisch beherrschten „Politiknetzwerken“ zu beobachten (Beiträge von *Tomas Gross*, *Patrick Kenis et al.*), wo Intransparenz und Informelles anstelle öffentlicher und parlamentarischer Kontrolle vorherrschen (Beitrag von *Martin Morlok*) und sich mächtige korporative, v. a. *ökonomische*, Interessen noch mehr durchsetzen. Dabei bringt der auf internationalem ‚Parkett‘ hegemoniale angelsächsisch neoliberale Ton nur vordergründig die erhoffte „Neutralisierung von Hierarchien“ (*Franz Mayer*). Und ob der angelsächsische Pluralismus „besser zur Realität heterogener Gesellschaften passt und im Kontext der Weltkultur höhere Legitimation reklamieren kann“ (101), so *Richard Münch* im kritischen Vergleich der Interessenvermittlung in Deutschland und Frankreich, darf bezweifelt werden angesichts der Gewalt, sozialen Ungleichheit und dem geringen Vertrauen bzw. Solidarität in den USA. Letzteres bestätigt neuerlich der Beitrag von *Wolfgang Merkel* zu den Grundlagen sozialen Zusammenhalts, die da sind: Nationale und kulturelle Identität, Rechtsstaatlichkeit, Partizipation, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Welche politischen Staaten und Kulturen die Rangliste anführen, ist bekannt.

HUBERTUS NIEDERMAIER, Das Ende der Herrschaft? Perspektiven der Herrschaftssoziologie im Zeitalter der Globalisierung. Konstanz: UVK 2006, 304 S., kt., 34,00 €

„Man herrscht heute nicht mehr“ (8), Hausherrn und Herrscher seien verschwunden, nicht mehr identifizierbar, verstrickt in arbeitsteiligen Netzen globaler Organisationen oder aus der Mode gekommen, unzumutbar, selbst Hierarchien in Unternehmen stelle man zumindest als flache dar. Entsprechend habe „der Begriff der gesellschaftlichen Differenzierung“ dem „vormodernen“ der Herrschaft „den Rang abgelaufen“, womit die Soziologie „im Trend der Zeit“ liege (8) (neben den üblichen Verdächtigen, den Apologeten komplexer ‚Systeme‘ oder ‚moderner Modernisierung‘ à la *Luhmann* oder *Beck*, muss auch *Bourdieu* als Zeuge herhalten, handstreichartig vereinnahmt und so kurzerhand erledigt). Indes, die keck-forsche These vom Ende der Herrschaft in der Weltgesellschaft wird rasch relativiert, ein Fragezeichen bleibt schon im Titel. Es schwant *Niedermaier*, eher ‚alteuropäisch‘, „eine vorschnelle Verabschiedung“ des Herrschaftsbegriffs in einer „Zeit, in der nur allzu gerne Vokabeln als ‚veraltet‘ [...] angesehen und Epochenbrüche diagnostiziert werden“ sei „problematisch“ (9). Denn: „Auch wenn sich Mechanismen und Rahmenbedingungen verändert haben mögen, verfestigte Machtstrukturen bestehen weiterhin“ (64). Angesichts der historisch beispiellosen Konzentration militärischer, ökonomischer, kultureller, symbolischer und sozialer Machtmittel in den ‚Wohlfahrtsstaaten‘ wie den USA und ihrem Willen, per Ausnahmezustand (*Agamben*) global zu herrschen, könnte dieses zutreffen. Das Problem der Herrschaft als institutionalisierte, zu Strukturen verfestigte, dauerhaft unsymmetrische Machtausübung (vgl. 10f.; 18ff.) hat sich in der Weltgesellschaft offenbar nicht erledigt. Entsprechend konstatiert *Niedermaier*, der Herrschaftsbegriff sei nicht überholt, sofern man diesen aus der engen Verknüpfung mit dem Staat löse (12f.). Letzteres sprengt aber quasi die moderne Vorstellungskraft von Herrschaft, so seine

ideengeschichtliche Rekonstruktion, weil sich der Begriff von Herrschaft von der personalisierten Über- und Unterordnung im Mittelalter auf personenunabhängige politische Institutionen des demokratischen Verfassungsstaats verlagert und dort exklusiv konzentriert habe. Dieses Modell werde durch die Globalisierung erschüttert und verlöre seine Konturen, weil der Staat über kein politisches Monopol mehr verfüge. Indes konstruiert der Autor den Staat als normative, rationale Idee und Einheit, anstatt das real höchst umkämpfte *Machtfeld* unterschiedlicher Interessen zu beleuchten. Dieses erstaunt, zumal *Niedermaier* bei den „Perspektiven der Herrschaftssoziologie“ (Teil II) neben *Max Weber* und Systemtheorie auch den historischen Materialismus einbezieht. Auch erkennt er das Problem der „Reduktion des Herrschaftsbegriffs auf den staatspolitischen Aspekt und die damit bewirkte Tilgung anderer Herrschaftsaspekte“ (128), v. a. ökonomischer. Es geht ihm aber um die Kritik des *Marxschen* Ansatzes, die sich v. a. am Klassenbegriff entzündet, der immun gegen empirische Widerlegung sei (138). Zudem weiche heute die Herrschaft des Kapitals dem Wissen als gesellschaftliches Produktionsmittel, so dass die Kapitalisten von Wissensarbeitern oder Symbol-Analytikern abgelöst würden (249) – eine These, deren Beleg ausbleibt, wie das Verhältnis von Kapital und *abhängigen* Wissensarbeitern (den ‚beherrschten Herrschenden‘, so *Bourdieu*) unklar ist. Am Ende scheint der Ertrag der diskutierten Theoriefragmente begrenzt für das Verständnis der globalen Herrschaftsordnung: „Weder im Anschluss an Luhmann noch an Weber und nicht einmal im Anschluss an Marx und Engels ergab sich in den in Teil II durchgeführten Analysen eine Einsetzung der Weltwirtschaft als zentrales Herrschaftsarrangements“ (259). Und auch die von *Niedermaier* skizzierte Perspektive eines Modells der Herrschaft im Zeitalter der Globalisierung auf der Ebene unterschiedlicher ‚*Organisationen*‘ bleibt zuletzt so spannend wie offen.

BERTHOLD VOGEL, Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft. Hamburg: Hamburger Edition 2007, 132 S., gb., 12,00 €

„Wenn es um den Staat geht, kann man gar nicht genug zweifeln.“ (*Pierre Bourdieu*)

Die „neue soziale Frage, in deren Mittelpunkt die Verteilung von Wohlfahrtsverlusten steht“ (12), die ein *gewährleistender* Wohlfahrtsstaat mit organisiert, bewegt *Berthold Vogel* in seinem Essay, weshalb er an die für die Begriffe von Klasse und Staat abgestumpfte Soziologie appelliert, „das Soziale wieder stärker vom Wohlfahrtsstaat her“ zu denken (10). Als „Wegweiser“ nutzt der Autor die – positiv gewendete – Formel von der „Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft“ des „protototalitären Staatsdenkers“ (14) *Ernst Forsthoff*, die dieser mit der Sorge um einen sich verausgabenden und ‚erschöpften‘ Staat verknüpft hatte. *Vogel* unterstreicht neuerlich die enge wechselseitige Abhängigkeit von kapitalistischer Gesellschaft und Wohlfahrtsstaat, was ihm als Grundlage dient, um einen genaueren Blick auf den ‚arbeitenden Staat‘ (*vom Stein*) mit der ‚Verwaltung des Sozialen‘ einzufordern. Der Soziologie, so *Vogel*, komme „das Privileg“ zu, als „reflexive Verwaltungs- und Regierungskunst“ nach den Möglichkeitsbedingungen des Gemeinwohls und des Wohlfahrtsstaats zu fragen, um auf das gesellschaftlich Mögliche zu wirken, bevor es Wirklichkeit geworden sei (124). Die Soziologie müsse nicht nur ‚Exklusion‘ aufzeigen, sondern genauer den ‚Bruchpunkt‘ zwischen sorgender Staatlichkeit und korporativer Arbeitsgesellschaft in der prekärer werdenden *Mitte* der Gesellschaft identifizieren. Dazu skizziert der Autor den Hintergrund des Wandels vom ‚sorgenden‘ zum ‚gewährleistenden‘

Wohlfahrtsstaat mit seinen kontrakt- und marktgesteuerten ‚Agenturen‘ und ‚Sozialkonzernen‘. Ein Wandel, der überzeugend mit den Umbrüchen und der wachsenden Prekarität in der Arbeitswelt, der vom Staat mitorganisierten Abstieg der ‚Mittelschicht‘, gebracht wird, so dass sich Konflikte und Ressentiments zuspitzen. Diese ‚Mitte‘ war und ist aber ebenso *Mythos* wie ‚der Wohlfahrtsstaat‘ selbst, der sie mit produziert, zuallererst den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Seit Jahrzehnten und bis heute stehen den ca. 90% *Arbeitspflichtigen* ohne relevante Vermögen und Kapitaleinkünfte ca. 10% Vermögende gegenüber, welche ca. 60% des Kapitals und fast alles Produktivkapital in Deutschland besitzen. Dieser kleinen Gruppe gelingt es, *durch* den Wohlfahrtsstaat und eine Masse abhängiger Dienstboten, ‚Risiken‘ und Arbeit gewinnbringend zu verteilen und ansonsten weitgehend aus dem Spiel, vornehm privat zu bleiben. Zwar umfasst ‚der Staat‘ tatsächlich nicht nur Agenturen zur Durchsetzung herrschender Interessen (117), er ist aber auch keine Instanz, die einfach *gegen* diese Gruppen in den Dienst genommen werden kann, vielmehr, wie Vogel zuvor darlegte, ein Ort *sozialer Konflikte*. Diese gilt es tiefer zu durchleuchten, will man nicht Gefahr laufen, „dass wir von einem Staat gedacht werden, den wir zu denken meinen“ (*Pierre Bourdieu* 1998: 93). Trotz der äußerst produktiven Anregungen Vogels bedrückt am Ende die Nähe zur altväterlichen Staatswissenschaft und zum ‚Vater Staat‘ – der zum einzigartigen Garanten sozialer Freiheits-, Sicherheits- und Teilhaberechte, des Gemeinwohls und Glücks, gerät. Dabei klingt der zur „Festigung des Sozialen“ in der abstiegsbedrohten ‚Mittelklassegesellschaft‘ am Ende gewiesene Weg „zwischen wohlfeiler Staatsverachtung und zitadellenhafter Wohlfahrtsverteidigung“ (125) auch sehr nach dem berühmten deutschen Mittelweg.

Resümee

Die Politische Soziologie soll Erkenntnisse über die gesellschaftlichen Grundlagen und Wirkungen politischer Herrschaft und die soziale Logik des politischen Machtfeldes liefern. Wenn es bei den zur Besprechung vorgelegten unterschiedlichen Beiträgen so etwas wie Ähnlichkeiten geben mag (ohne damit alle zu meinen oder diesen gerecht werden zu können), dann, dass sehr weite Ansätze von Politik, Macht und Herrschaft zugrunde gelegt werden, in denen insbesondere die verfasste Politik und politische Ideologien sowie Akteure keine zentrale Rolle mehr spielen. Politisch-staatliche Herrschaft gilt manchen schon als in Auflösung begriffen (*Niedermaier*), *Gosewinkel/Schuppert* sprechen nur noch vage von „Staatlichkeit“, denn politische Macht und Funktionen lassen sich vielfach verorten, vor allem bei den ‚global player‘ oder ‚Corporate Citizen‘ (dazu: *Backhaus-Maul et al.*). Verbreitet ist mitunter auch eine eher vornehme ideologische Zurückhaltung des objektivierenden ‚homo academicus‘ (*Bourdieu*) (dessen Objektivierung noch auf sich warten lässt), die eine mitunter gährende Blutleere nach sich zieht, wie sie bei den angelsächsisch dominierten ‚blaublütigen Exzellenzen‘ angesagt scheint. Somit ist weniger vom Politischem im engeren, niedrigen oder schmutzigen Sinne die Rede und politische Wertungen und Einstellungen sind wie so oft nicht einmal zu erahnen – geradezu aseptisch aufgelöst und entsorgt in ‚selbstreferentieller Komplexität von Systemen‘. Keineswegs lassen sich alle Beiträge einer derartig pointierten Tendenz zuordnen, so setzt sich z. B. *Berthold Vogels* Rekurs auf die ‚Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft‘ und ‚Regierungskunst‘, die von ihm angesichts der im Abrutschen befindlichen gesellschaftlichen ‚Mitte‘ eingefordert wird, deutlich davon ab. Auch *Stephan Eggers* Auseinandersetzung mit *Webers* Werk bleibt davon unbe-

rührt, schon weil sich *Weber* selbst gewissermaßen verzweifelt heroisch gegen eigene Einsichten in das ‚Gehäuse der Hörigkeit‘ zu stemmen versuchte.

Das „Wunder“ der „Leichtigkeit, mit der die Vielen von Wenigen regiert werden, und die stillschweigende Unterwerfung, mit der Menschen ihre eigenen Gesinnungen und Leidenschaften denen ihrer Herrscher unterordnen,“ obwohl doch „die Regierten stets die Stärke auf ihrer Seite haben“, so *David Hume* im Jahre 1741/42, gilt es auch in der heutigen Weltgesellschaft weiter aufzuklären, auch und gerade mit politischer Soziologie. Dieses Mysterium, so *Hume*, beruhe allein auf Meinung, womit sich die Frage nach deren Hintergrund stellt. Dieses Gebräu aus Glauben und Verkennung, Gewohnheit, Zwängen, Angst, Interessen und Kalkül fällt weder vom Himmel noch resultiert es aus einem paradiesischen freien Markt von Möglichkeiten. Politische Einstellungen und Wertorientierungen sind vielmehr wesentlich der Position und Perspektive der Akteure, dem *lagetypischem* Habitus sozialer Milieus geschuldet. Die moderne ‚Herstellung von Konsens‘ (*Chomsky*) auf scheinbar freien, tatsächlich ökonomisch und staatlich dominierten, asymmetrischen ‚Märkten‘ der Meinungs- und Wissensproduktion, auf denen oft unausgesprochene Normen, Quotendiktat und Meinungsführer herrschen, müsste durch die politische Soziologie viel stärker, auch selbstreflexiv, aufgeklärt werden. Dazu gehörte es aber auch, Positionen und Perspektiven der objektivierenden Subjekte selbst einzubeziehen und offen zulegen – was noch eher peinlich oder vermeidbar scheint.

Literatur

Agamben, Giorgio (2004): Ausnahmezustand. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Fach, Wolfgang (2008): Das Verschwinden der Politik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.